

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Rede Axel Vogel

Zur Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke am
29.08.2013

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

Das Aufregendste an dieser Regierungsumbildung dürfte sein, mit wie wenig Aufregung sie über die Bühne gegangen ist. Und warum auch sollte man sich aufregen. Ein Ministerpräsident geht, ein neuer Ministerpräsident kommt, der Koalitionsvertrag bleibt der gleiche, die Ministerinnen und Minister sind fast alle dieselben, ein Bruch mit der Vergangenheit fällt aus, von Zäsur kann man in Brandenburg allenfalls mit Blick auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten reden. Glamour fällt zukünftig aus, fehlende Inhalte oder Politikversagen können nicht mehr mit Charme überstrahlt werden. Sorgen muss sich deshalb nicht das Land, sondern allenfalls die SPD machen, deren „Platzeckbonus“ zukünftig entfällt.

Richtig ist deshalb, dass der Amtsantritt von Dietmar Woidke keinen inhaltlichen Bruch mit der rot-roten Vergangenheit, sondern deren logische Fortsetzung darstellt.

Richtig ist genauso, dass sich die Koalition wie auch der Blick der Öffentlichkeit auf diese Regierung in den letzten Jahren geändert haben. Nach vier Jahren Einarbeitungszeit oder – je nach Sichtweise – Verschleiß im Amt hat sich die 2009 von vielen Menschen noch als Tabubruch empfundene rot-rote Regierung zu einer ganz normalen Koalition gewandelt. Die Revolution ist ausgefallen.

Was wir seitdem zu sehen bekommen haben, ist die Koalition zweier im Kern sozialdemokratischer Parteien, die aus guten historischen Gründen nicht miteinander fusionieren können. Zweier sozialdemokratischer Parteien, deren Positionen auf

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Landesebene inzwischen nicht weiter auseinanderklaffen als die zwischen den Unterbezirken Hessen-Süd und Hessen-Nord der SPD.

In Brandenburg wurde daher mit Rot-Rot eine Koalition begründet, deren Partner sich nicht ergänzten, sondern in ihrem Schwerpunkt doppelten. Völlig nachvollziehbar haben SPD und Linke daher besonderes Gewicht auf überfällige Änderungen in der Sozialpolitik, und das heißt hier auf die Bearbeitung sozialer Themen von Bildung bis Arbeitsmarkt, gelegt.

Das mag man alles konstatieren, aber dass hier versucht wird, für die gesamten vier Jahre eine Erfolgsbilanz aufzumachen bei einer Koalition, die sich nach ihrem Fehlstart zu Beginn der Legislaturperiode von Katastrophe zu Katastrophe hangelte, grenzt ans Lächerliche.

Kein Wort davon, dass das zu Beginn der Legislaturperiode ausgegebene Leitmotiv der inneren Versöhnung zunehmend absurd wurde, nachdem immer neu auftauchende Stasi-Akten zunehmend die Frage aufwarfen, wer sich hier eigentlich mit wem versöhnen sollte: Die Bürgerrechtler mit ihren Peinigern von einst, die SPD mit der Linken oder die DDR-Bürger mit ihrer eigenen Geschichte. Kein Wort zu den Ministerrücktritten, kein Wort zu der von Platzeck losgetretenen anachronistischen Ost-West Diskussion, aber auch kein kritisches Wort zu katastrophalen Fehlentscheidungen des FBB-Aufsichtsrates und dessen Geschäftsführung; stattdessen Lob für die angebliche Umsicht und Zielstrebigkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden Matthias Platzeck.

Stattdessen der Versuch hier eine Erfolgsstory an den Mann und die Frau zu bringen, die einer Überprüfung nicht standhält.

Bemerkenswert immerhin, dass das das völlig fehlgeschlagene Programm „**Arbeit für Brandenburg**“ von Ihnen schon gar nicht mehr erwähnt wird. Hier sollte der Bund für einen öffentlichen Beschäftigungssektor zahlen und die Landesregierung wollte sich die Meriten an die Brust heften, dieses Vorhaben musste trotz bereitgestellter Millionenbeträge absehbar schief gehen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Kaum besser die Debatte um den allgemeinen **Mindestlohn**. Wie erwartet spielte die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht mit. Das landeseigene **Vergabegesetz** wurde dagegen solange auf die lange Bank geschoben, bis wir Grünen der Regierung mit einem eigenen Gesetzentwurf auf die Sprünge geholfen haben.

Aber Ausführungsbestimmungen liegen bis heute nicht vollständig vor, die für die Kommunen vorgesehenen Verwaltungskosten liegen wie Blei auf den Landeskonten; unverändert bestehen ernste Zweifel, inwieweit das Gesetz 2012 in den Kommunen überhaupt zur Anwendung kam.

Die als Riesenerfolg angeführte **Einstellung von 2.000 neuen Lehrern** seit 2009 ist unverändert eine Mogelpackung. Neue Lehrer sind nicht zusätzliche Lehrer, in Wirklichkeit sind im selben Zeitraum über 3.000 Lehrkräfte ausgeschieden. Die Landesregierung baute weiter Lehrerstellen ab, berücksichtigt erforderliche Neueinstellungen für die Inklusion nicht und hat keine Vorsorge für den absehbar hohen Bedarf an Lehrern in den nächsten Jahren getroffen. Jetzt kündigen sie erfreulicherweise weitere Einstellungen zum Abbau des Unterrichtsausfalls an. Doch auch schon für die ab 2014 bislang benötigten 1.000 neuen Lehrkräfte pro Jahr stehen nur 450 im Land ausgebildete Absolventen gegenüber. Wie soll das gehen?

Im Kitabereich hat uns die geringfügige **Verbesserung des Betreuungsschlüssels** zu Anfang der Legislaturperiode von Platz 16 auf Platz 16 im Ländervergleich katapultiert. Weitere Schritte hin zu einer Verbesserung der Qualität der Kita-Betreuung (besserer Personalschlüssel, bessere Sprachförderung, mehr Freistellungen für Leitungstätigkeiten) lässt die Landesregierung nicht erkennen. Aber genau dies wäre erforderlich, um den Anspruch auf bessere Kitaplätze einzulösen.

Und zu guter Letzt das **Schüler-BAFÖG**, das hohe Bürokratiekosten mit sich bringt und ähnlich dem Betreuungsgeld der Bundesregierung nur mit gutem Zureden unter die Leute gebracht werden kann. Wie man allerdings ohne Evaluation, allein aus der Tatsache, dass man das Geld am Ende doch noch losgeworden ist, den Schluss ziehen kann, ein sozial erfolgreiches Projekt hingelegt zu haben, erschließt sich nicht.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Einzig die **finanzielle Konsolidierung** ist als Erfolg zu verbuchen, dahinter stehen aber auch unverändert hohe Transferleistungen durch Solidarpakt und Länderfinanzausgleich wie auch verbesserte Steuereinnahmen aufgrund einer insgesamt positiven Konjunktur, die auch bei uns durchschlägt. Dabei verkennen wir nicht, dass die Startbedingungen für Rot-Rot aufgrund der Bankenkrise und des damit verbundenen Konjunktur einbruchs nicht besonders üppig waren.

Aus heutiger Sicht ist das sicher nachrangig, denn die viel bedeutsameren Folgen von Fehlentscheidungen werden erst in den nächsten Jahren offen zu Tage treten.

Dietmar Woidke tritt ein schweres Erbe an, das in dieser Legislaturperiode mit Sicherheit nicht mehr zu einem guten Ende gebracht werden kann. Konzentrieren wir uns also auf diejenigen Hypotheken, deren Bearbeitung keinen langen Aufschub dulden.

Hypothek 1: Der BER und der Fluglärm

Das Thema Flughafen BER hatten Sie ja bereits angesprochen. Laut Koalitionsvertrag sollte dieses „wichtigste Infrastrukturprojekt der Region“ 2011 (!) in Betrieb gehen. Soviel zur relativen Bedeutungslosigkeit von Koalitionsverträgen.

Wo stehen wir heute nach elf Jahren Wirken von Matthias Platzeck im Aufsichtsrat? Es gibt keinen Eröffnungstermin, es gibt keine belastbare Kostenschätzung, es gibt eine Geschäftsführung, in der die Fetzen fliegen, es gibt keinen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden vom Fach, die Brandschutzanlage funktioniert nach wie vor nicht und der Drehkreuzaspirant Air Berlin hat finanzielle Schlagseite und verkauft ein Flugzeug nach dem anderen. Umsicht und Zielstrebigkeit?

Obendrauf haben wir jetzt einen von Matthias Platzeck berufenen Hans Dampf in allen Gassen als Geschäftsführer, der immer neue Ideen gebiert. Besonders schön hat dies letzte Woche der Berliner Abgeordnete Evers zu Mehdorns Idee der Offenhaltung von Tegel auf den Punkt gebracht: Das sei anfangs „eine geniale Kommunikationsstrategie“ gewesen um von den BER-Problemen abzulenken.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass der ganze „Mehdorn“ Bestandteil einer Kommunikationsstrategie ist, um von den BER-Problemen abzulenken.

Wie aus dem Buch des Flughafenarchitekten Gerkan immer deutlicher wird, haben Politik und Geschäftsführung das Großprojekt BER mit einer Kakophonie von Anweisungen und immer neuen Änderungswünschen gemeinsam vergeigt. Und wie aus dem Bericht des ehemaligen Controllers Roth deutlich wird, wurden Controllingberichte geschönt um zu verhindern, dass die Politik aus der katastrophalen Situation die richtigen Schlüsse zieht und der Geschäftsführung das Handwerk legt.

Das von Matthias Platzeck mit zu verantwortende verbissene Festhalten an dem FBB-Geschäftsführer Schwarz ist mit ursächlich für die mehrjährige Verzögerung der Eröffnung, die sich auf über eine Milliarde Euro Zusatzkosten aufsummieren wird. Ein Schaden, der nonchalant an die Steuerzahler weitergereicht wird und die Einnahmeüberschüsse Brandenburgs der letzten Jahre aufzehren wird.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sie Dr. Woidke nicht in den Aufsichtsrat der Flughafen-Gesellschaft eintreten wollen, mit der Entsendung des Staatssekretärs Bretschneider haben Sie sich aber zugleich selbst den Weg verbaut, einen qualifizierter Manager auf Brandenburger Ticket an die Spitze zu rücken; einen Manager, für den die fachgerechte Abwicklung von Großprojekten zum Alltagsgeschäft gehört. Öffnen sie die Black Box BER; sorgen Sie jetzt wenigstens für einen rückhaltlosen Kassensturz und die Offenlegung der Businesspläne, verabschieden Sie sich von dem Kinderglauben, dass dieser Flughafen jemals Erträge abwirft, wenn man ihn nur groß genug macht.

Überlassen Sie die Großmannssucht anderen und sorgen Sie dafür, dass dieser Flughafen in seinen Kapazitäten an die Lage im urbanen Raum angepasst wird und nicht umgekehrt.

Das Thema Schallschutz haben sie angesprochen. Ausgeblendet blieb, dass im Gegensatz zu den Auflagen aus dem Planfeststellungsbeschluss und vollmundiger

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Ankündigungen die Flughafengesellschaft wenig bis gar nichts gemacht, und die Aufsichtsbehörde im MIL tatenlos zugesehen hat. Bis heute wurde keine einzige Schallschutzmaßnahme für den Tagschutz abgeschlossen. Bei einem Flughafen wohlgermerkt, der schon seit zwei Jahren in Betrieb sein sollte. Machen Sie endlich Druck!

Dafür, dass beim Thema Lärmschutz endlich Rechtsfrieden einkehrt und die Trickereien zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger ein Ende haben, spricht allerdings nichts. Seelenruhig lässt der Aufsichtsrat Mehdorn gewähren und Nichtzulassungsbeschwerde gegen das OVG-Urteil einlegen, während dieser gleichzeitig den Bürgermeistern vor Ort verkündet, dass er sich an das OVG-Urteil halten will. Was denn nun? Sorgen Sie für Klarheit!

Auch beim Volksbegehren für ein landesplanerisches Nachtflugverbot warten wir auf positive Ergebnisse. Aber statt jetzt mit dem erfolgreichen Volksbegehren und dem Landtagsbeschluss im Rücken eine starke Position aufzumachen und eine Frist für die Verhandlungen zu setzen, geben Sie mit Ihrer heutigen Rede auch noch die Option einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses im Alleingang aus der Hand. Das ist wahrlich kein guter Beginn.

Hypothek 2: Die Bildungspolitik

Immer noch bricht jeder zwölfte Schüler seinen Schulbesuch vorzeitig ab oder beendet seine schulische Laufbahn ohne Abschluss. Die Landesregierung weiß, dass für eine signifikante Reduzierung der Schulabbrecherzahlen die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler verbessert werden muss. So steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag – und die Antwort heißt zunächst einmal Pilotschulen-Inklusion. Die 84 Pilotschulen sind bis 2014 gesichert. Aber wie es dann weitergehen soll, steht in den Sternen. Hunderte zusätzliche Lehrkräfte würden benötigt, wenn man das Pilotmodell auf alle Schulen übertragen würde. Aber hier greift ein zentrales Problem Brandenburger Bildungspolitik: Für Pilotprojekte werden ausreichend Personal und

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Finanzen zur Verfügung gestellt, aber wehe die Pilotphase ist beendet und die Ergebnisse sollen verallgemeinert werden. Dann müssen die vorhandenen Bildungsträger die neuen Leistungen weitgehend mit dem vorhandenen Personal erbringen.

Beim Pilotprojekt Inklusion sind die offenen Fragen nach dem Übergang in die weiterführenden Schulen, nach Betreuung im Hort und dem weiteren Fortgang nach Ende des Inklusionsprojektes weiterhin unklar. Die Ministerin schreibt trotz ihrer ursprünglichen Ankündigung Inklusion nicht im Schulgesetz fest und entwirft keinen Plan für die weiteren Schritte nach dem Auslaufen des Projektes.

Aus diesen Erfahrungen resultiert auch unsere Forderung, Inklusion endlich im Schulgesetz zu verankern. Herr Dr. Woidke, übernehmen Sie!

Der Umgang mit den Freien Schulen

Dass staatlich und öffentlich nicht zwangsläufig deckungsgleich sind, fällt der Sozialdemokratie und der LINKEN ohnehin traditionell schwer zu verstehen, insofern verwunderte bei deren traditioneller Fixierung auf die staatlichen Schulen nicht, dass die Schulen in freier Trägerschaft im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt sind. Dabei sind Freie Schulen auch in Brandenburgs häufig der Innovationsmotor, nicht nur in punkto Inklusion. Nicht von ungefähr haben in den letzten Jahren Freie Schulen in Neuruppin und Templin Bundespreise eingeheimst.

Daher war nicht zu erwarten, dass Rot-Rot an dieser Stelle in den Kulturkampf einsteigen und versuchen würde, mit Mittelkürzungen den freien Schulen den Hahn zuzudrehen und so nebenbei lästige Konkurrenz für das staatliche Schulsystem loszuwerden.

Inzwischen liegt der Fall dem Verfassungsgericht zur Entscheidung vor. Aber verfassungsgerichtliche Entscheidungen herbeizuführen, das ist immer nur das letzte Mittel in politischen Auseinandersetzungen. Herr Dr. Woidke, Sie haben es in der Hand, hier eine politische Lösung herbeizuführen und Schulfrieden herzustellen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Die Hochschulpolitik

Im Hochschulbereich liegt der Anteil der Hochschulausgaben am Gesamthaushalt mit Abstand hinter allen anderen Bundesländern. Schlimm genug, aber gerade in dem Moment, als mit doppelten Abiturjahrgängen und Wegfall der Wehrpflicht der Ansturm auf die Hochschulen des Landes am größten wurde, die Hochschulen zumindest temporär mit mehr Mitteln hätten ausgestattet werden müssen, schlug die Sparkeule zu.

Statt zwölf Millionen Mehrausgaben wie noch in der Koalitionsvereinbarung formuliert, wurden die Hochschulen seit 2010 mit einer zwölf-Millionen-GMA malträtiert, bis diese 2013 für den Rest der Legislaturperiode titelscharf festgeschrieben wurde. Dr. Woidke, beenden Sie mit dem Nachtragshaushalt diese unhaltbare Situation.

Hypothek 3: Energiepolitik und Braunkohle

Anrede!

Ich spare mir jetzt weitestgehend die klimapolitische Diskussion. Allen Energiestrategien zum Trotz droht der seit Beginn der Legislaturperiode kontinuierlich weiter steigende Anstieg des Treibhausgases CO₂, die von Rot-Rot bereits aufgeweichten Ziele für 2020 erneut Makulatur werden zu lassen. Uns geht es heute um was anderes:

Wer Augen hat zu sehen, sieht, dass Vattenfall auf dem besten Wege ist, sich in den nächsten Jahren aus der Lausitz zu verabschieden. Zunehmend geringer ist die Bereitschaft des Eigentümers Schweden für die Dorfzerstörungen und Umweltschäden in Brandenburg in die moralische Mithaftung genommen zu werden.

Unverkennbar ist genauso, dass trotz der Milliarden Gewinne der letzten Jahre die Bereitschaft Vattenfalls denkbar gering ist, sich den Risiken der Energiewende für seine Braunkohlesparte weiter auszusetzen. Die Vattenfall-Manager haben viel klarer erkannt,

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

als es die IG BCE wahrhaben will, dass das aktuelle Zwischenhoch bei der Braunkohleverstromung eine letzte Scheinblüte darstellt. Eine Scheinblüte allerdings, die für einen Verkauf des Lausitzer Braunkohlebetriebs gerade zupass kommt.

Deshalb wäre, ganz abgesehen von der klimapolitisch verheerenden Wirkung, eine Genehmigung neuer Tagebaue auch das falsche Signal an den Vattenfall-Konzern. Eine solche Genehmigung würde die Bergwerkssparte für einen Verkauf aufhübschen und Vattenfall den Absprung aus Brandenburg noch vergolden. Wer Vattenfall im Lande halten will, wer nach den fetten Jahren billiger Emissionen und satter Renditen den Hauptprofiteur der Ausbeutung der Lausitz, den Konzern Vattenfall, in die Pflicht nehmen will, der muss aus eigenem Interesse die Genehmigungsverfahren jetzt beenden.

Sehr geehrter Herr Woidke,

niemand erwartet von Ihnen eine sofortige Absage an die Braunkohleverstromung. Auch wir Grünen haben keinen Zweifel daran, dass die Braunkohle – wenn auch in ständig sinkenden Mengen – bis auf weiteres zur Verstromung genutzt wird. Wie lange dies dann am Ende noch sein wird, darüber lässt sich trefflich streiten.

Noch eine Bemerkung zur vorhin von Herrn Ness angesprochenen IG BCE-Umfrage. Hier lohnt sich der Blick auf die Details: Nur neun Prozent der Lausitzer halten danach die Braunkohle für unverzichtbar, 41 Prozent der Befragten sind hingegen der Auffassung, dass die Nachteile die Vorteile überwiegen. Das klingt ganz anders als sie es dargestellt haben.

Eines sollte Ihnen aber klar sein. Wenn zwei Drittel der befragten sächsischen Lausitzer und 40 Prozent der befragten brandenburgischen Lausitzer die wirtschaftliche Situation in ihrem Bundesland, aber nur 29 Prozent der befragten Lausitzer insgesamt die wirtschaftliche Situation in ihrer Region als gut einschätzen, wenn nach zwei Dekaden Aufpöpelung der Braunkohle Arbeitslosigkeit und Abwanderung in der Forsa-Umfrage

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

unverändert als größte Probleme der Lausitz eingestuft werden, dann ist es allerhöchste Eisenbahn in eine andere Entwicklungslogik einzusteigen. Dabei ist der Strukturwandel, weg von der Kohle, hin zu neuen Arbeitsplätzen in anderen Industriezweigen, in der Lausitz längst angelaufen. Angesichts sinkender EU-Mittel muss jetzt die verbliebene Zeit zum Aufbau weiterer alternativer Erwerbsarbeitsplätze genutzt werden. Am schlimmsten wäre es weiter der Illusion anzuhängen, dass die Arbeitsplätze in der Braunkohle auf lange Zeit abgesichert werden können. Mit solchem Wunschdenken wurde schon die Neustrukturierung des Ruhrgebietes um Jahrzehnte verzögert, mit Milliardenkosten für die Steuerzahler.

Dr. Woidke! Nehmen Sie Vattenfall und seine Angestellten mit in das neue Zeitalter der Erneuerbaren Energieversorgung. Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden.

Geben Sie den Menschen in der Lausitz die Sicherheit, dass Vattenfall bleibt und mit den Brandenburgern die Energiewende gestaltet.

Verbinden Sie das schwedische Ansinnen, die CO₂-Emissionen drastisch zu verringern und unser gemeinsames Ziel, Vattenfall im Lande zu halten. Packen Sie die Schwedische Regierung bei Ihrer sozialen Verpflichtung. Präsentieren Sie mit einem zeitlich überschaubaren Ausstiegsszenario aus der Braunkohle den Schweden die Möglichkeit, Geschäft, klimapolitische Zielsetzungen und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden. Wir unterstützen Sie dabei gerne.

Genauso unterstützen wir Sie gerne beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Fakt ist, dass dieser Ausbau zum Erliegen zu kommen droht. Die ausgewiesenen Windeignungsfelder sind proppenvoll, die Zielvorgabe zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie ist mangels Personal und Kapazitäten in den regionalen Planungsgemeinschaften in die Zukunft vertagt. Demnächst wird der Zubau von WKAs vollständig zum Erliegen kommen, weil die Flächen fehlen.

Fakt ist auch, dass der fehlende Netzausbau im 110 kV-Bereich seit Jahren bejammert und hierfür der Bürgerwiderstand verantwortlich gemacht wird. Tatsächlich liegt aber

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

seit Jahren kein einziger Genehmigungsantrag von EON Edis und Envia für den Netzausbau vor.

Nutzen Sie Ihre neue Macht und lösen Sie diese Widersprüche auf.

Hypothek 4: Die Landwirtschaftspolitik

Was vor vier Jahren in dieser Form noch nicht vorhersehbar war: Die landwirtschaftlichen Flächenpreise explodieren, Grund und Boden sind zum Spielball für Spekulanten geworden.

Mancherorts bieten die Finanzinvestoren einer neuen Agrarindustrie schon mehr als 25.000 Euro für einen Hektar Land.

Das sind Preise, die durch landwirtschaftliche Arbeit nie und nimmer refinanziert werden können, die auf Spekulation, falsche Förderanreize und eine verfehlte Privatisierungspraxis zurückzuführen sind. Parallel steigen die Anträge auf Zulassung von Anlagen einer industrialisierten Massentierhaltung. 100.000 Hühner auf einem Fleck werden langsam die Regel. Immer mehr Schweine werden in immer weniger durchrationalisierten Betrieben mit minimalen Arbeitsplatzeffekten gehalten. Brandenburg wird zum Eldorado für Hühnerbarone und Schweinemäster, die andernorts das Feld räumen müssen. Inzwischen belegt unsere Landwirtschaft in der Flächenproduktivität und der Zahl der Arbeitsplätze den drittletzten Platz in Deutschland.

Unsere Landwirtschaft nähert sich Strukturen an, die den Großgrundbesitz des 19. Jahrhundert weit übertreffen. Wenn der Landrat des Kreises MOL inzwischen beklagt, dass mehr als 20 Prozent der LN seines Kreises in der Hand von drei Betrieben sind, dann wird auch erkennbar, wie viel gesellschaftliche Macht in wenigen Händen konzentriert wird. Stoppen Sie den Ausverkauf der Agrarflächen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Nutzen Sie die Möglichkeiten des Siedlungsgesetzes und sorgen Sie dafür, dass diese Flächen ausschließlich dafür genutzt werden, gezielt bäuerliche Strukturen in Brandenburg zu fördern. Wir haben genug Großbetriebe.

Aber lassen Sie mich noch auf zwei weitere Punkte eingehen: Die Flüchtlingsunterbringung und die Wahrung der Minderheitenrechte von Sorben bzw. Wenden in unserem Land.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen kann man getrost von einer dramatischen Situation, aber auch von Stillstand und Nichtumsetzung von Landtagsbeschlüssen sprechen! Mit den Kommunen konnte keine Verständigung über das Unterbringungskonzept des Landes erzielt werden, gleichzeitig ist die zentrale Aufnahmestelle in Eisenhüttenstand überfüllt und die Zahl der Flüchtlinge steigt weiter. Gerade weil Sie sich erklärtermaßen für ein offenes und tolerantes Brandenburg einsetzen, muss hier dringend was geschehen.

Und kümmern Sie sich bitte darum, dass die Diskussion über das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben nicht aus dem Ruder läuft. Die Anerkennung und Absicherung von Minderheitenrechten kann nicht der Mehrheitsentscheidung vor Ort überlassen bleiben. Wenn der Bürgermeister von Lubin, auch Lübben genannt, das die Kriterien für die Einordnung in das Sorbische Gebiet erfüllt, allen Ernstes die Ansicht vertritt, dass das Sorbentum nur der touristischen Vermarktung dienen, aber keine Auswirkungen auf die Kommunalpolitik haben darf, dann ist eine Grenze überschritten. Brandenburg darf nicht zum Gegenstand europaweiter Kritik werden. Dr. Woidke aus Barsc (Forst), handeln Sie.)

Und, natürlich müsste in den nächsten zwölf Monaten auch noch viel geschehen in punkto Schnelles Internet auf dem Lande, Ausgestaltung der EU-Förderung, Neuverhandlung des Länderfinanzausgleiches etc., aber diese Punkte werden wir in dieser Debatte nicht mehr angemessen behandeln können. Diese Aufzählung macht

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

aber deutlich, dass es mit der vorgeblichen Abarbeitung des Koalitionsvertrages nicht so weit her ist.

Anrede

Meine Rede wäre unvollständig, wenn ich nicht die Gelegenheit nützte allen Respekt vor der Entscheidung von Matthias Platzeck zu bekunden, aus den bekannten gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung zu stellen. Jeder hier im Saale weiß um die politischen Differenzen, die Bündnis 90/Die Grünen mit Matthias Platzeck haben und gehabt haben. Das fängt bei der fatalen Lobbypolitik für die Braunkohle an und hört bei dem Ausblenden eigener Verantwortung für das BER-Desaster noch lange nicht auf.

Aber wir sagen auch: Mit Matthias Platzeck hatte dieses Land lange Jahre einen herausragenden Umweltminister, der mit seinem Eintreten für einen modernen integrativen Naturschutz die Naturschutzpolitik im europäischen Maßstab veränderte. Mit der Ausstrahlungskraft des Brandenburger Beispiels wurde bundesweit der Naturschutz vom Kopf auf die Füße gestellt. Hierfür hat er in den 90er Jahren zu Recht Naturschutzpreise und bundesweit Auszeichnungen verliehen bekommen.

Für uns Grüne ist allerdings festzuhalten, dass die mit dem Aufstieg von Matthias Platzeck in der SPD-Führung bis hoch zum Bundesvorstand und die mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes verbundene Hoffnung, dass hier ein Mann sich anschickt eine Partei und ein Land zu verändern, die alte Tante SPD und die alte Mark zu modernisieren und inhaltlich neu auszurichten, hin zu einer Politik der Nachhaltigkeit, dem Gleichklang von sozialer und demokratischer Teilhabe, der Verbindung von ökologischen und ökonomischen Zielen sich nicht bewahrheitet hat.

Hier hat eine Partei, hat ein Amt den Menschen geformt und nicht umgekehrt. Visionäre Zielvorgaben gab es schon lange nicht mehr. Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde nicht in den Mittelpunkt der Politik der Staatskanzlei gestellt, sondern ins Umweltministerium abgeschoben. Die Tagespolitik hat sich zunehmend im Klein-Klein begrenzter Haushalte und im Abarbeiten hasenfüßiger Koalitionsverträge erschöpft.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Anrede

„Da ist der neue Platzeck“, so ein Bürger laut Moz vom 24.08.2013, als er unvermittelt auf den da noch designierten neuen Ministerpräsidenten Woidke stieß. Das bringt ein grundsätzliches Problem auf den Punkt: Ministerpräsidentenamt und Person waren im Lande mit den Jahren zu einer Einheit verschmolzen. Mit einem Bekanntheitsgrad hart an der 99-Prozent-Marke hat Matthias Platzeck alle anderen Landespolitiker hinter sich gelassen, alle anderen sind mediale Zwerge.

Doch die Gleichsetzung von Mensch und Amt ist in unserer Demokratie fatal. Sie bestärkt viele Menschen noch in ihrer Auffassung, dass der Mensch an der Spitze alleine entscheidet. Völlig verloren geht dabei das Bewusstsein, dass unsere Demokratie die nach demokratischen Grundsätzen arbeitenden Parteien benötigt, Parteien, in denen Posten und Ämter nicht vererbt, sondern in einem demokratischen Willensbildungsprozess vergeben werden, einem Willensbildungsprozess, in dem Alternativen auf breiter Basis diskutiert und entschieden und nicht nur Hinterzimmerabsprachen auf Parteitag abgeseget werden.

Gerade der SPD, die seit über 20 Jahren die Politik hier im Lande dominiert, käme hier eine besondere Verantwortung zu. Und ich hatte eigentlich gehofft, dass Matthias Platzeck seiner Partei die Zeit gibt, über Alternativen zu diskutieren: Wie ist die Lage im Land, wo will die SPD auf welchen Wegen hin und wer sind die die geeignetsten Persönlichkeiten, um diesen Weg zu gehen. Angesichts der dünnen Personaldecke der SPD im Prinzip ziemlich risikolos, denn zumindest an Dietmar Woidke, und das sage ich durchaus anerkennend, hätte letztendlich kein Weg vorbeigeführt. Aber genau diese Diskussion ist ausgefallen.

Nehmen wir nur den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ralf Holzschuher, der in der Maz vom 3. August, erklärte, dass er „am Samstag erfahren habe“, dass er Innenminister werden soll. Von wem er das erfahren hat, erfahren wir nicht, aber es wird deutlich, dass der Chef des parlamentarischen Zentrums der Landes-SPD an solchen Entscheidungen nicht etwa mitwirkt, sondern sie ihm mitgeteilt werden. Und was macht der Fraktionsvorsitzende Holzschuher? Ruft er etwa seine Stellvertreter an, berät sich

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

mit ihnen, diskutiert über mögliche Nachfolger in seiner Funktion. Anscheinend kein Gedanke! Er redet mit seiner Frau und sagt am Sonntag zu. Er musste ja auch keinen Gedanken an seine Nachfolge verschwenden, weil die informelle Führungsrunde sich bereits auf Herrn Ness als Nachfolger geeinigt hatte. Es ist diese Vermischung von Parteiarbeit und Regierungsfunktionen, die Konzentration der Entscheidungen auf kleine Zirkel, die unser parlamentarisches System langsam aber stetig auszuhöhlen droht.

Diese Kritik am Zustandekommen des Personaltableaus möchte ich deutlich trennen von einer Bewertung des neuen Ministerpräsidenten.

Der Wechsel zu Dietmar Woidke, dem als allererstes der Ruf der unaufgeregten Bodenständigkeit vorausseilt, ist zunächst eine Chance, das Land pragmatisch bis zum Ende der Legislaturperiode zu führen. Gerade auch, weil niemand und zu allerletzt wir Bündnisgrünen Dietmar Woidke als Repräsentanten einer modernen SPD einstufen, weil wir keine besondere Erwartung einer Neuausrichtung der Brandenburger Politik an ihn hegen, hat er, haben Sie alle Chancen uns positiv zu überraschen.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass der Agrarökonom Dr. Woidke als Agrar- und Umweltminister eine ganze Menge Leute mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber dem Agrarbereich nicht gerade begeistert hat.

Aber wir konstatieren, dass er als Innenminister ein ganz anderes Bild abgegeben hat. Das Innenministerium gilt heute als gut geführtes Haus, Woidke gelang es, die Diskussion über die Polizeistrukturereform zu versachlichen und überzogene Einsparvorgaben zurückzunehmen, aber nicht nur das:

Als ein ehemaliger Stasi-Aktivist nach dem anderen in der Polizei aufflog, hat er sich gegen die erklärte Position von Matthias Platzeck für verdachtsunabhängige Überprüfungen stark gemacht und mit Erfolg auf eine Änderung des Stasiunterlagengesetzes gedrängt. Die Bewerber für die neu zu vergebenden Führungspositionen in der Polizei wurden überprüft und Konsequenzen gezogen. Denn

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

das lag „auch und gerade im Interesse der Polizei selbst.“, wie er damals zu recht verkündete. Während andere Kabinettskollegen die Hände in den Schoss legten, hat Dietmar Woidke hier Rückgrat bewiesen.

Als die Polizei in Neuruppin in einer wahrhaft missglückten Aktion rund 300 Demonstranten, die sich einem Naziaufmarsch entgegenstellten, einkesselte und erkennungsdienstlich behandelte, hat er die Kritik nicht einfach abgebürstet, sondern Konsequenzen gezogen. Seitdem hat es trotz einer Vielzahl von Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche keinen vergleichbaren Fall mehr gegeben.

Ich denke, das kann, muss man genauso wie Ihre heutige klare Positionierung gegen den Nazispuk und der zunehmend enger damit verwobenen Rockerkriminalität würdigen.

Aber dennoch: Die heutige Regierungserklärung hatte freundlich gesagt ihre Lücken, sie war in viele Worte gekleidete Inhaltsleere und zumeist nicht mehr als ein Recycling früherer Verlautbarungen der Staatskanzlei. Und auch wenn man zugibt, dass man Rotbusch-Tee mehrfach aufbrühen kann, irgendwann wird er schal und geschmacklos. Soweit Probleme benannt wurden, wurde keine Lösung präsentiert. Außer der Nothilfe für den Unterrichtsausfall wurde kein neues Projekt präsentiert. Wir benötigen aber keine Stillstands-Koalition, die noch den nächsten Wahltermin erreichen will, sondern eine Regierung, die sich nicht scheut auch von ihr selbst verursachte Probleme anzusprechen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Das war erkennbar nicht der Fall.

Anrede

Meine Aufgabe war es heute nicht ein grünes Regierungsprogramm zu entwerfen und Rot-Rot daran zu messen. Ein grünes Regierungsprogramm kann man nur mit den Grünen in der Regierung haben, und das ist bei einer Regierung, die in ihrer Koalitionsvereinbarung den Begriff der Nachhaltigkeit umschiffte wie die Nordatlantiker die Eisberge, erkennbar nicht der Fall.

Und auch Ihnen, Herr Dr. Woidke, kam der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung heute nicht über die Lippen, den Entwurf eines moderneren Brandenburgs haben wir in Ihrer Rede nicht heraushören können. Uns wichtige Themenbereiche wie beispielsweise ein

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Brandenburger Landtag

Neuanlauf zur Länderfusion von Brandenburg und Berlin wurden gar nicht erst angesprochen.

Aber auch wenn Sie die Chance heute nicht genutzt haben, darzulegen wo Sie demnächst Ihre eigenen Furchen ziehen wollen und nicht nur in der Spur des Vorgängers zu ackern, geben wir die Hoffnung nicht auf, dass Ihre Regierung noch Entwicklungspotential hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Dr. Woidke, alles Gute, ein erfolgreiches Wirken zum Wohle des Landes und nicht nur der Sie tragenden Parteien! Von uns haben Sie die Zusage, dass wir als konstruktive Opposition Ihnen dabei genauso wie Ihrem Vorgänger mit kritischen Kommentaren und hilfreichen Anregungen zur Seite stehen. Sollte aber Not am Mann oder an der Frau sein oder die Regierungskoalition mal wieder nicht in die Puschen kommen, dann werden wir Ihnen gerne mit weitergehenden Anträgen und Gesetzesinitiativen auf die Sprünge helfen.